==========
Sofortinformation vom Länderrat am 4.2.2007
==========

Rentenproteste/Neuauflage „neue linke"
Der Länderrat hat beschlossen, die zweite Runde der Rentenproteste der Gewerkschaften ab dem 26. Februar aktiv zu unterstützen und so einen Beitrag zur Verteidigung des Sozialstaates und des Renteneintrittalters von 65 zu leisten.
Zu diesem Zweck druckt der Bundesvorstand die aktuelle Ausgabe der Mitgliederzeitung „neue linke" nach.
Die Landesverbände werden gebeten dem Bundesvorstand bis Freitag, den 9.2., die benötigte Auflage mitzuteilen. Bitte per email an christine.buchholz@wasg-intra.net.

Reisekosten Bundesparteitag
Der Bundesvorstand informierte über die Umsetzung der in Geseke beschlossenen Reiskostenregelung für den Bundesparteitag.
Jedem Landesverband wird je nach Entfernung und Anzahl der Delegierten ein Anteil aus einem Gesamtbudget von 20.000 Euro zugesprochen. Der Bundesvorstand stellt damit sicher, dass niemand aus finanziellen Gründen von der Wahrnehmung seines Delegiertenmandates abgehalten wird. Näheres folgt in einer Finanzinfo.

Beitragsnachzahlungen
Bundesvorstand und Länderrat haben sich auch mit den Beitragsrückständen befasst. Bislang haben rund 1000 Mitglieder ihre Beitragsrückstände beglichen.
Dies sind aber nur 20% der rückständigen Beiträge. Ab Mitte Februar werden die offenen Beiträge von mehr als 3 Monaten nun angemahnt. Dazu hat der Bundesvorstand eine Richtlinie beschlossen. Näheres folgt in der Finanzinfo.

Finanzplanung erstes Halbjahr 2007 beschlossen
Der Länderrat beschloss bei zwei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen die Grundlage für die Finanzverteilung im ersten Halbjahr 2007. Ebenfalls wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Finanzplanung für das erste Halbjahr 2007 beschlossen.

Antragsverfahren Bundesparteitag im März
Werner Dreibus stellte das Antragsverfahren für die parallel stattfindenden Bundesparteitage von Linkspartei und WASG vor.
Da es nur ein gemeinsames Ergebnis gibt, wenn bei beiden Parteitagen identische Vorlagen beschlossen haben, wird es am ersten Tag jeweils Beratungen und Abstimmung zu den vorliegenden Anträgen beider Parteien geben.
Nach diesen Abstimmungen wir die jeweils andere Partei über die Ergebnisse informiert. Eine gemeinsame Antragsberatungskommission legt den Parteien die beschlossenen Anträge der jeweils anderen Partei als Initiativanträge vor.
Wenn ein Antrag bei der zweiten Partei beschlossen, werden die Änderungen in die Gründungsdokumente eingehen.
Zu diesem Zweck wird beiden Parteitagen der Verfahrensvorschlag als Änderung der Geschäftsordnung vorgelegt.

Berliner Sparkasse
Des Weiteren nahm der Länderrat einen Initiativantrag der hessischen Delegierten an, der an die Linkspartei.PDS Berlin appelliert, ihren Einfluss in der Landesregierung zu nutzen, nach einem Weg zu suchen, der verhindert, dass der Verkauf der Bankgesellschaft Berlin zum Einfallstür für Privatbanken wird. Ansonsten würde das dem Gemeinwohl verpflichtete Sparkassensystem bundesweit ausgehebelt.
Falls sich die SPD in Berlin weigert, eine solche Lösung mit zu tragen, sollte die Linkspartei ihre Beteiligung an der Regierung beenden.

Steinmeiers Rücktritt gefordert
Versuchte Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Fall des ehemaligen Guantánamo-Häftlings Murat Kurnaz zunächst Unwissenheit vorzugeben, argumentiert Steinmeier nun, die deutsche Regierung sei nicht für Kurnaz zuständig gewesen, da er nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besäße.
Der WASG-Länderrat weist diese Argumentation als skandalös zurück.
Murat Kurnaz ist in Bremen geboren und aufgewachsen. Es wäre die Aufgabe einer Bundesregierung, die sich stets die Menschenrechte auf die Fahnen schrieb, gewesen, sich unverzüglich für die Freilassung von Murat Kurnaz einzusetzen. Dass sie es nicht tat zeigt, dass

auch die rot-grüne Bundesregierung die Menschenrechte auf dem Altar des „Krieges gegen den Terror" geopfert hat.
Als Kanzleramtschef der Schröder-Regierung und heutiger Außenminister trägt Frank-Walter Steinmeier dafür die Verantwortung und sollte zurücktreten.

Innerparteiliche Kommunikation
Weiter wurden mit jeweils großer Mehrheit zwei Anträge zur Verbesserung der innerparteilichen Information und Kommunikation beschlossen.
Um Entscheidungen auf Bundesebene für die Basis nachvollziehbar zu machen und einen besseren Informationsfluss „von oben nach unten" zu gewährleisten sollen zukünftig die Ergebnisse der Sitzungen des Bundesvorstandes organisationsintern veröffentlicht werden.
Bei Kreismitgliederversammlungen/Kreisdelegiertenversammlungen sollen zukünftig die Protokolle zeitnah an die jeweiligen Landesvorstände zur Kenntnis gegeben werden.
Die Protokolle der Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenversammlungen mit den dazugehörenden Teilnahmelisten sollen zeitnah an den Bundesvorstand zur Kenntnis gegeben werden.
Zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung und den zu erstellenden jährlichen Geschäftsberichten ist es notwendig, die entsprechenden Protokolle und die Teilnahmelisten der öffentlichen Versammlungen der jeweilig untergeordneten Ebene zu archivieren. Eine zeitnahe Kenntnis des ordnungsgemäßen Ablaufs von Beschlüssen und Wahlen, von veränderten Vorstandsbesetzungen sowie der auf den Versammlungen gefassten Beschlüsse muss gewährleistet sein.

Dank an Felicitas Weck
Im Namen des Bundesvorstandes bedankte sich Klaus Ernst bei Felicitas Weck für die geleistete Arbeit im geschäftsführenden Bundesvorstand und wünschte ihr viel Erfolg für ihre berufliche Zukunft.